

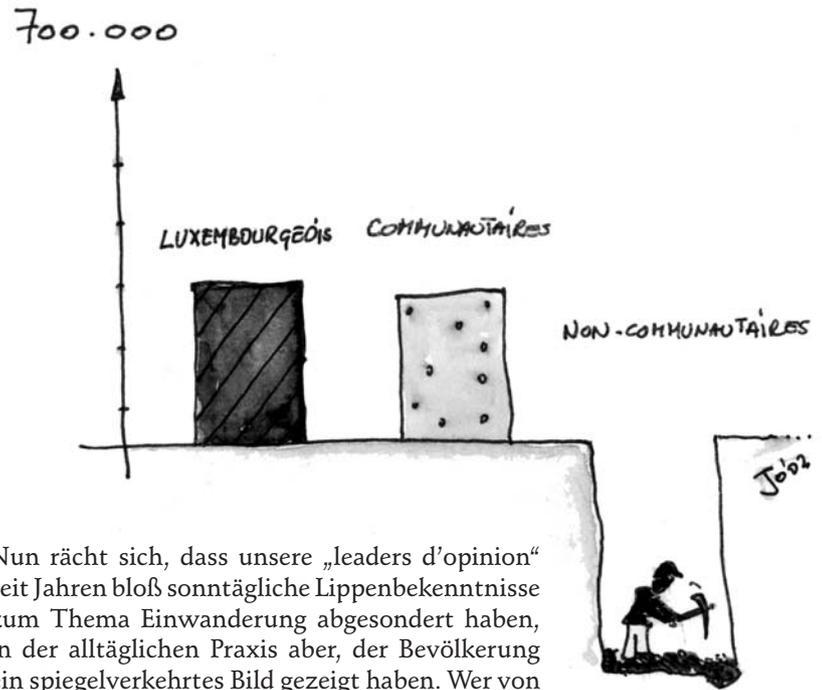
Von der Ein- Wanderung zur Zu- Wanderung...

„Probleme von Migration und Integration, einschließlich der Frage nach Struktur und Umfang des Zuwanderungsbedarfs, werden neuerdings vehement diskutiert. Für bis dahin gern überhörte Sachkenner sind das keine neuen Themen, sondern im Grunde alte Hüte mit einigen neuen statistischen Federn. Die Wissenschaft hat diese Themen auf allen verfügbaren Ebenen seit langem immer wieder mahnend angeboten. Aber das blieb in der politischen Gestaltung weitgehend folgenlos. Heute hat Politik, besonders unter dem Druck der Rentendebatte und immer erkennbarer werdender internationaler Wettbewerbsprobleme auf dem Arbeitsmarkt, die Zeichen der Zeit erkannt. Drohende Bevölkerungsschrumpfung und demographische Alterung bergen in der Tat langfristig schwerwiegende Probleme für die wirtschaftliche Dynamik ebenso wie für die Generationen-solidarität, von der Rente bis zum Pflegekostentarif. ‚Bevölkerungspolitik‘ als solche ist keine Alternative, weil sich Bevölkerungswachstum schon aus strukturellen Gründen nicht ‚steuern‘ lässt. Deswegen auch wissen wir heute schon ziemlich genau, wie es um die Bevölkerung in Deutschland im Jahr 2050 stehen wird, je nachdem, mit wie viel an dauerhafter Zuwanderung gerechnet wird, die man der Klarheit halber am besten als Einwanderung bezeichnen sollte.“*

Die Ingredienzien der sogenannten siebenhunderttausend Debatte sind in obigem Zitat wiederzufinden, man ersetze bloß „Deutschland“ durch „Luxemburg“.

Die deutsche rot-grüne Koalition wollte zu Beginn der Legislaturperiode ein Einwanderungsgesetz, womöglich im Konsens mit allen Fraktionen des Bundestags, verabschieden. Heute ist nur noch von einem Zuwanderungsgesetz die Rede, welches sich vorzüglich als Wahlkampfthema im Kampf um die „Lufthoheit über den Stammtischen“ ausbeuten lässt.

Die Zahl siebenhunderttausend scheint sich ebenfalls zum tumben Dampfablassen zu eignen.



Nun rächt sich, dass unsere „leaders d’opinion“ seit Jahren bloß sonntägliche Lippenbekenntnisse zum Thema Einwanderung abgesondert haben, in der alltäglichen Praxis aber, der Bevölkerung ein spiegelverkehrtes Bild gezeigt haben. Wer von Ausländern, von Ausländerkindern, von Asylanten und Flüchtlingen, immer nur in Zusammenhang mit dem Wort ‚Problem‘ spricht, wer eine Art wöchentliche Leistungsbilanz der abgeschobenen Flüchtlinge veröffentlicht, wer als Justizminister sich zum Parlamentspräsidenten gesellt um eine mehr als zweifelhafte Unterschriftenliste „gegen die Gewalt“ entgegenzunehmen, wohlwissend, dass die diesbezügliche Polizeistatistik nicht im steigen begriffen ist, der darf sich nicht wundern, dass ein, sagen wir mal, ausländerneutrales Klima sich zu einem ausländernegativen Klima wandelt.

Eine Natur- und Vogelschutzliga wandelt auf sehr dünnem Blut-und-Boden-Eis. Ein Mouvement-Ecologique lässt, auf seinem Oeko-Foire-Stand, Volkes Seele sich austoben und verliert nach eigenen Aussagen, dennoch Mitglieder ob seines so „offensiven Eintretens“ für die siebenhunderttausend. Die CGFP erklärt den Erwerb der luxemburgische Nationalität zu einer Aufnahmepraxis wie jene in einen exklusiven „Rotary“-Club oder die Freimaurerloge. Kein „kontroverses“ Thema in Luxemburg ohne die Gründung einer Bürgerbetroffenheitsinitiative. Die neueste Ausgabe nennt sich: „Waart fir eng Zukunft fir Lëtzebuerg?“ und fordert u.a. das Wirtschaftswachstum auf ein vernünftiges Niveau zurückzuführen. Ja wenn’s denn so einfach wäre, der Wirtschaft etwas weniger Wachstum abzuverlangen. Nach dem Motto: „Herr Good-Year-Direktor, bitte verkaufen Sie dieses Jahr etwas weniger Reifen, danke schön.“

Natürlich darf das Parlament nicht untätig bleiben. Abgeordnete, welche ihren WählerInnen mitteilen möchten, dass sie sich aktiv um ihre

*Klaus J. Bade und Rainer Münz in: Migrationsreport 2000, Campus-Verlag 2000.

Die sozio-politische Elite weiß, dass die sich abzeichnende Apartheid-situation international gerügt werden wird und national zu Verwerfungen führen wird. Sie wird nicht umhin kommen, das Wahlrecht zu ändern.

Belange kümmern, rufen eine Spezialkommission ins Leben. Die Immigrationskommission hat denn auch zu Beginn ein Problem bei ihrer Identitätsfindung. Soll sie sich um alles, will sagen, um sämtliche Bereiche des luxemburgischen Wachstums kümmern, oder sich bloß mit der wachsenden Zahl der Ausländer und der damit verbundenen „Integration“ befassen.

So hört man sich denn erst mal alle möglichen „forces vives“ der Nation an, vom Wirtschaftsminister, über die Staatsbeamtenkammer, den Historiker Gilbert Trausch, bis zu ASTI, CLAE, CARITAS und SESOPI, usw. usf.

Die „lebendigen Kräfte“ legen sich ins Zeug und erklären zum x-ten Mal ihre Zahlen, ihre Schlüsse, ihre Entwürfe, ihre Vorschläge. Die Abgeordneten hören mehr oder weniger gelangweilt oder interessiert zu, lassen sich ihre bisherige Meinung je nachdem, bestätigen oder widerlegen. Die „lebendigen Kräfte“, nachdem der Kommissionspräsident ihnen gedankt hat, ziehen wieder ihres Wegs, die einen an den ministeriellen oder administrativen Schreibtisch, die anderen an die „Basis“ wo sie die Auswüchse der eben beschriebenen Politik zu beheben versuchen.

Dabei ist sich die sozio-politische Elite einig über die Tatsache, dass Luxemburg Einwanderung, gleich welcher Art, benötigt und dass Einwanderung sich nicht steuern lässt. Man ist sich einig, dass, sollte man den Erwerb der Nationalität nicht erleichtern, in kürze die echten Luxemburger in der Minderheit sind, aber die Mehrheit politisch vertreten werden. Dass diese Apartheidsituation international gerügt werden wird und national zu Verwerfungen führen wird, weiß man ebenfalls und demzufolge wird man nicht umhin kommen, das Wahlrecht zu ändern. Man weiß seit langem und nicht erst seit der PISA-Studie, dass die ausländischen Kinder und jene der sozial schwachen Schichten von der Schule

benachteiligt werden und die Schule nicht zum sozialen Aufstieg benutzen können. Man weiß, dass die doppelte Staatsbürgerschaft eine Möglichkeit bietet, sich besser in die luxemburgische Gemeinschaft einzufügen. Man weiß, dass „der Luxemburger“ sich ärgert, wenn er seinen „Humpen“ in französischer Sprache bestellen muss, aber man führt keine obligatorischen Sprach- und Integrationskurse entsprechend dem holländischen Modell ein. Man weiß, dass der ersten Regularisierung eine weitere folgen muss, da nicht alle „sans-papiers“ erfasst wurden und schon wieder neue hinzu-gekommen sind. Man weiß, dass viele Asylbewerber illegal beschäftigt sind, dass sie nie und nimmer wieder zurückkehren, dass sie, da keine andere Möglichkeit der Einwanderung und des dauerhaften Aufenthalts besteht, die Asylprozedur „missbräuchlich benutzen“, um für sich und ihre Kinder ein „besseres“ Leben zu führen. Die Idee, den Ausbau der Beziehungen zu Montenegro und den Kap-Verden, als Zuzugsgebiete für benötigte Arbeitskräfte, vorzuschlagen, lag deshalb auf der Hand. Man kann es schon fast nicht mehr hören, wenn noch und noch immer gefordert werden muss, doch endlich einen „permis unique“, eine einheitliche Arbeitserlaubnis, zu schaffen. Man sieht unter welchen menschenunwürdigen Zuständen, Flüchtlinge untergebracht sind. Man müsste das bei jeder Gelegenheit angeführte Argument, des reichsten Landes der Welt, nicht bemühen, sondern bloß an das C oder das S der CSV erinnern, um diese Missstände zu beheben. Wenn man die Armee, mangels genügend Kandidaten, den Nicht-Luxemburgern öffnet, dann müsste man doch auch einsehen, dass die Bunkermentalität einer CGFP nicht länger Bestand haben kann, und beispielsweise, Wächter im Museum, der luxemburgischen Nationalität nicht bedürfen.

Wie gesagt, man weiß, man ist sich bewusst, man hat erkannt, man sieht ein Doch statt zu handeln, setzt man erst mal eine Kommission ein und wartet dann eine europäische Lösung ab. Man spricht, wie in Deutschland, von Einwanderung und wird (wetten dass ...?) bei einem Quoten-Zuwanderungsgesetz landen. Man erwünscht sich Einmischung, doch das staatliche Nichtstun, artet in eine Zumutung für jene aus, welche tagtäglich versuchen, den einen durch den administrativen Dschungel zu helfen und von den anderen als Vaterlandsverräter bezeichnet werden.

Es wäre doch sinnvoller, jetzt (!) mit allen hier Arbeitenden und Lebenden über die Zukunft zu streiten und sie zu gestalten, statt eine „Null Zuwanderung!“-Forderung von einer wirtschaftlichen Flaute diktiert zu bekommen.

Migrations – les enjeux
Défis pour l'économie et la cohésion sociale
Conférence - débat avec
Monsieur Jean Claude Juncker,
Premier Ministre

le jeudi 28 mars 2002 à 20.30 heures
au siège de la Banque Générale à Kirchberg
(en face de Utopolis , de l'autre côté de l'autoroute)

Organisation: ASTI, Fondation Weicker et Fonds National de la Recherche